

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Savitskovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postfachsalonto 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezahlbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16 — Kč, vierteljährlich 48 — Kč, halbjährig 98 — Kč, ganzjährig 192 — Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120 — SK, für Deutschland 16 — Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Ums Burgenland.

Pfarrer als Führer der Insurgenten.

Wiener-Neustadt, 7. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute abends wurden in Wiener-Neustadt von der Gendarmerie zwei Pfarrer und ein Schullehrer aus Zaberzdorf eingeliefert. In der Nacht von gestern auf heute war nämlich durch ihr Verschulden der Gendarmerieposten von Horthybanditen überfallen und ausgehoben worden. Das war auf folgende Art geschehen: In den Abendstunden hatte der Pfarrer die Horthybanditen in der Zahl von 60 Mann in eine Schenke geführt, die an der Ortsgrenze gelegen ist. Diese stellten dann Posten auf, welche festzustellen hatten, wie stark die Gendarmerie außerhalb des Gendarmeriegebäudes ist. Die Horthybanditen überfielen dann zunächst die Posten, die auf Vorhut standen, und kamen dann unter Führung des Pfarrers von Zaberzdorf und seines Freundes auf Schleichwegen zum Gendarmeriegebäude. Die durch den schützigen Dienst ermüdete Gendarmerie wurde mit Handgranaten überfallen, wobei 2 Tote und einige Schwerverletzte auf dem Platze blieben. Die übrigen Gendarmen wurden dann verschleppt. Heute vormittags ist es gelungen, durch einen Vorstoß die zwei Pfarrer auszuheben und nach Wiener-Neustadt einzuliefern. Die Nachricht von der Verschaffung der beiden verbreitete sich rasch in der Stadt und es sammelte sich eine mehrhundertköpfige Menge an. Es bedurfte der größten Anstrengung der Polizei, die Versäter vor der Lynchjustiz zu schützen. Es ist bezeichnend und ruft die allgemeine Entrüstung des Burgenlandes hervor, daß im ganzen Burgenlande die Kerisei im Dienste der Magyaren steht. Ihr ist es zuzuschreiben, wenn so viele Gendarmen hingerichtet wurden.

Gestern abends wurde ein ungarischer Oberst aus Eisenstadt in Wiener-Neustadt eingeliefert.

Bayern droht mit bewaffnetem Aufstand.

Berlin, 7. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute nachmittags haben in Berlin wieder Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung begonnen. Immer deutlicher stellt sich heraus, daß die angebliche Verhandlungsbereitschaft der bayerischen Regierung nur von der Absicht getragen ist, die schnelle Erledigung der Frage der Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes durch Verschleppen zu verhindern. Ja sie geht sogar zu Drohungen gegen das Reich über. Der bayerische Gesandte in Berlin, Herr von Preger, hat einem Vertreter des „Volksanzeiger“ gegenüber ausgeführt, daß es der Reichsregierung zu einer Ausrufprobe treiben wolle. Herr von Preger werde ihm nicht ausweichen, denn hinter ihm ständen zwei Drittel des gesamten bayerischen Volkes. In Wirklichkeit verdankt das Kabinett zwar seine Existenz nicht einem parlamentarischen Auftrag, sondern dem Machtwort einiger Militärs nach dem Sturz der Münchener Rätherschaft. Herr von Preger drohte dann sogar ziemlich unerbittlich mit einem bewaffneten Aufstand und mit der Lösung Bayerns vom Reich, wenn die Reichsregierung die Aufhebung des Ausnahmezustandes erzwingen wolle. Dazu muß gesagt werden, daß die angeblich aufgelöste Einwohnerwehr des Herrn Escherich längst bereit steht, um einen Aufstand gegen das Reich und die Republik durchzuführen. Der Reichskanzler hat nun einem Berliner Vertreter der „Daily Mail“ gegenüber erklärt, er sei entschlossen, mit Bayern nicht zu streiten. Die Arbeiterschaft dagegen wird den jetzt begonnenen Kampf nicht früher einstellen, als bis die Reaktion in Bayern beseitigt ist.

Zur Regierungsbildung.

Genosse R. Bechyně ist guter Laune. Diesmal hat er seinen köstlichen Wit und seine prädelnde Satyre ausnahmsweise nicht an Raschin oder Kramarsch, sondern an der deutschen Sozialdemokratie gerichtet. Im gestrigen Leitartikel des „Pravo lidu“ beschäftigte er sich mit unserem Artikel „Sie bleiben die Alten!“, in dem zum Eintritt der tschechischen Sozialdemokratie in die Regierung Stellung genommen wurde. Wir wollen nicht dem Beispiel Bechyněs in der Polemik folgen, das darin besteht, mehr oder weniger geistreich und unhöfliche Bilder zu verwenden. Die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der tschechischen Sozialdemokratie und uns, über die Methoden des sozialistischen Klassenkampfes und der tatsächlichen Aufgaben des internationalen Proletariats in der tschechoslowakischen Republik bestehen, können auch ruhig, leidenschaftlos, ohne Spott und Schimpf erörtert werden. Dabei wollen wir der tschechischen Sozialdemokratie keine Ratschläge erteilen und sie auch nicht schulmeistern. Freilich, wenn das „Pravo lidu“ eine Diskussion über ihre und unsere Taktik wünscht — wir würden sie als für die tschechische und deutsche Arbeiterschaft sehr lehrreich begrüßen — so müßte es sich mit uns zunächst über die Meinungsunterschiede: wie dürfen nicht aneinander fruchtlos vorbei reden. Falls diese Einigung zustande kommt, dann wird uns das „Pravo lidu“ auf unsere nachfolgenden Verlegungen antworten.

Genosse Bechyně deutet an, daß der Eintritt der tschechischen Sozialdemokratie in die Regierung in Rücksicht auf eine bestimmte Situation erfolgt ist. Dabei verweist er auf die Vorgänge in Deutschland, Oesterreich und auf die Restaurationsversuche der Habsburger. Wenn er durch diesen Hinweis sagen will, daß der Eintritt der tschechischen Sozialdemokratie in die Regierung zur Sicherung der Demokratie in der tschechoslowakischen Republik unabwendbar notwendig ist, so wollen wir seine scharfsinnige Aufmerksamkeit darauf lenken, daß doch in diese Regierungskoalition auch jene Parteien des tschechischen Volkes einbezogen werden, die, wenn sie auch den bestehenden Staat im allgemeinen bejahen, die Herrschaft des Volkes, die Demokratie, nicht wollen. Schon über den Begriff „Demokratie“ sind wir anderer Meinung als die tschechischen Sozialdemokraten. In der tschechoslowakischen Republik gibt es nicht nur ein Volk, sondern — Genosse Bechyně möge uns die anmaßende Behauptung entschuldigen! — mehrere Völker. In allen Fragen des unbestrittenen gemeinsamen Interesses müssen sich die Staatsbürger gemeinsam regieren und verhalten. Jedes Volk hat aber bekanntlich auch seine eigenen, insbesondere kulturelle Interessen — auch dies ist wohl keine Erfindung von uns! — und die muß es sich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen selbst verwalten. Doch von diesem demokratischen Grundrecht ist in der Gesetzgebung und Verwaltung der tschechoslowakischen Republik weit und breit keine leise Spur zu finden. Die tschechoslowakische Demokratie ist deshalb ein ganz anderes Gewächs, als die Ansätze demokratischer Entwicklungsformen in Oesterreich und Deutschland.

Durch den Waffensieg der stärksten kapitalistischen Staaten und durch die Pariser Friedensverträge ist in Mitteleuropa und in Rußland, in allen besiegten Staaten, die Wiederaufrichtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ermöglicht worden, die politische Reaktion Europas hat ihre Wurzel in denselben geschichtlichen Tatsachen. Der geheime Verbündete der Horthybanditen ist die englische Diplomatie der direkte Nährvater des tollgewordenen reaktionären Nationalismus in Deutschland ist der Bahnwäg der französischen Siegerhysterie. Wenn nun auch die internationale Konterrevolution in allen

Ländern dem gleichen Ziele zustrebt: der schrankenlosen Herrschaft der Besitzklassen, so müssen doch die Methoden der Abwehr des Proletariats in jedem Lande, nach den bestimmten Voraussetzungen verschieden sein, um zum gleichgerichteten Erfolge, der Behauptung und Mehrung der Macht der Arbeiterklasse zu gelangen. In der tschechoslowakischen Republik hat die politische Reaktion — ähnlich wie in Deutschland — einen mächtigen und gar gefährlichen Bundesgenossen: den Nationalismus. Will das internationale Proletariat in diesem Staate gegen die Reaktion siegreich bestehen, so muß sie sich in einer geschlossenen Front gegen den Nationalismus zusammenschließen. Wer sich aber mit den nationalistischen Parteien des eigenen Volkes in einer Regierungskoalition zur Bekämpfung und Niederhaltung anderer Nationen verbindet, führt keinen Kampf gegen die Reaktion, sondern wird, gewollt oder ungewollt, ihr Werkzeug.

Wenn nun aber gar Genosse Bechyně meinen sollte, daß die innerpolitischen Verhältnisse die Situation geschaffen haben, deren Berücksichtigung den Eintritt der tschechischen Sozialdemokratie in die Regierung als zweckmäßig erscheinen läßt, so müßten wir uns in aller Bescheidenheit daran zu erinnern erlauben, daß die jüngste Entwicklung in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, vom Eintritt Tufars angefangen, nicht wenig zu dieser Situation beigetragen hat. Die Regierung Tufar war vielleicht die blasse Ahnung eines Versuches, jenes Geleise zu erreichen, auf dem der tschechoslowakische Staat aus seinen Bestimmungen heraus, den Weg zur Demokratie hätte finden können. Der Versuch war aber gar zu schättern, zu sanft und zart, er ist gescheitert. Schmeral rückte mit den wichtigen Keulen des Antiministerialismus und der Antikoalitionspolitik aus und riß einen Teil des tschechischen Proletariats bis ins kommunistische Lager fort. Freilich nur bis zum wochtemperierten, tschechoslowakischen Kommunismus, Typs Schmeral. Am Vereinigungsparteitag der Kommunisten wird Schmeral der spannend aufhorchenden Mittelwelt verkündet, wie er sich die innere Gestaltung der tschechoslowakischen Republik bis zum Siege der großen sozialen Revolution vorstellt. In der Zeit der Parteispaltung war die tschechische Sozialdemokratie wieder einmal auf einem Scheidewege. Das Experiment der Regierung Tufar, leitetend die nationale Verständigung einzubahnen, war verunglückt. Die tschechische Sozialdemokratie hätte nun eine politische Aktionsgemeinschaft mit uns anstreben können. Das wäre aber nur unter einer wichtigen Voraussetzung möglich gewesen: wir hätten uns mit der tschechischen Sozialdemokratie auf ein gemeinsames Aktionsprogramm einigen müssen, das die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Forderungen enthält, grundsätzlich auf dem Brünner Programm aufgebaut ist und die brennendsten Mindestforderungen zur Erlangung der nationalen Freiheit für alle Völker dieses Staates umfaßt. Doch ein solcher Versuch wurde zu dieser Zeit, ebensowenig wie in den Oktobertagen 1918, unternommen. Statt den Weg zu uns, wählten die tschechischen Sozialdemokraten den Weg zur „Petla“, zur Budgetmehrheit. Nun da das Zwischenspiel Cerny zu Ende ist, aus der „Petla“ die Konzentrierung aller tschechischen Parteien zur Bildung der neuen Regierung unter fürchtbaren Schmerzen und durch die eifrigste Mithilfe des Genossen Bechyně endlich geboren wurde, zeigt uns Bechyně eine Situation, die Berücksichtigung finden muß.

Von der tschechischen Politik wird jede Partei befragt, ob sie den Staat „bejaht“ oder nicht, und danach entweder zu den Gerechten oder zu den Bösen geworfen. Sozialdemokraten können, nach unserer Anschauung, einen Staat, dessen ökonomisches Fundament die primitivkapitalistische Wirtschaft ist, wohl überhaupt

nicht „bejahen“. Wir wollen den bürgerlichen Staat beseitigen und an seine Stelle die sozialistische Gesellschaftsordnung setzen, führen aber unseren Klassenkampf auch mit den Mitteln, die uns dieser Staat liefert. Leider fragt der Staat seine Bürger nicht, ob sie ihn wollen oder nicht, er zwingt sie zur Erfüllung der Pflichten, die er ihnen auferlegt. Die Maschinenriehe der Gesehe sorgt für die faktische Staatsbejahung. Es scheint uns also, daß die Fragestellung höchst überflüssig ist, zumal man doch z. B. von uns genau weiß, wie wir zu den Friedensverträgen, denen dieser Staat seine Existenz verdankt, stehen. Wenn die tschechische Sozialdemokratie an uns die Frage nach der Staatsbejahung richtet, so bereitet sie sich damit wohl nur absichtlich die Antwort vor: wir können mit den deutschen Sozialdemokraten keine politische Aktionsgemeinschaft bilden, denn sie verneinen den Staat.

Genosse Bechyně meint, die deutsche Sozialdemokratie erlöst überhaupt nicht die Aufgabe des sozialistischen Proletariats in diesem Staate, das die Schlachlinie mit der republikanischen Demokratie wahren muß. Wie sind vollkommen einer Meinung mit dem Genossen Bechyně, daß das Proletariat der tschechoslowakischen Republik diese Schlachlinie wahren muß. Er mag aber bei dieser Problemstellung einen tollkühnen logischen Sprung, indem er verzeihen machen will, daß das internationale Proletariat in der tschechoslowakischen Schlachlinie erst bestehen kann, in dem es vorerst seine eigene Schlachlinie bildet. Ob in Gemeinschaft mit dem deutschen Proletariat, oder Arm in Arm mit Kramarsch und Schramel die Schlachlinie der republikanischen Demokratie bezogen werden soll, das ist die Frage!

Irland.

Die Verhandlungen zwischen Lloyd George und de Valera muten an wie die Waffengänge zweier geschäftiger Händler. In Ausfall und Rückzug ist jede kleinste Bewegung wohl erwogen, keine Verbindung wird abgebrochen, ohne daß nicht zuvor der Grund zu einer neuen gelegt ist. Man lese daraufhin de Valeras letzte Antwort auf Lloyd Georges Friedensvorschläge. Zwar lehnt der Dail Circuit, das illegale, doch mit voller Regierungsgewalt ausgestattete irische Parlament, die Anerbietungen des englischen Ministerpräsidenten ab; aber er formuliert auch schon den Grundfakt dessen Anerkennung zu weiteren Verhandlungen, bezw. zur Unterwerfung unter ein unparteiisches Schiedsgericht führen könne, er verlangt nämlich eine „Regierung mit Einwilligung der Regierten.“ Daß Lloyd George wieder seine Wenn und Aber anknüpfen wird, liegt auf der Hand, doch jede dieser Einschränkungen und Konzessionen ist zugleich ein Schritt nach vorwärts. Das Ziel, dem diese Entwicklung zustrebt, ist eine Unabhängigkeit Irlands unter Bedingungen, die den Bestand Großbritanniens nicht allzuleb erschüttern; ist ein ertägliches, locker verknüpftes Nebeneinander statt des unerträglich gewordenen Miteinander.

Volkcharakter, Glaubensbekenntnis, materielle und soziale Entwicklung der Briten und Iren weichen tatsächlich so weit von einander ab, daß es ein Wunder gewesen wäre, wenn die nationalen Lösungs- und Selbstständigkeitsbestrebungen, welche während des 19. und 20. Jahrhunderts das Antlitz Europas vollständig verändert haben, nicht auch die Iren ergriffen hätten. Ihre „grüne Insel“ mit den leichten Hügelwellen, mit ihren Seen, Sümpfen und Mooren hat so gar keine Ähnlichkeit mit dem herberen und strengerem England, Farm reißt sich an Farm, nur selten sind größere Drifthaften dazwischen eingebettet und Großstädte mit über 100.000 Einwohnern gibt es gar nur zwei (Dublin und Bel-

ist). In diesem Landschaftsbild drückt sich die Beschäftigung der Bevölkerung aus, deren Mehrzahl, an 900.000, meist bettelarme, von Aberglauben und Unbildung erfüllte Landproleten, bebaut den Boden (ca. 24 Prozent der über 10 Jahre alten Bevölkerung), je ein paar tausend Leute, zusammen 13 Prozent, sind im Berg- und Schiffbau, in Textil-, Kleider- und Nahrungsmittelindustrie, im Baugewerbe, Fischerei und dergl. beschäftigt. Der Besitz des Landes an Kohle ist eben recht gering, was den Aufschwung der Industrie verhindert, mancher einst blühende Gewerbezweig, wie die Textilindustrie, ist während des Maschinenzeitalters des Kohlenmangels wegen verarmt. Man begreift, daß die Bevölkerung nach Gegenden mit besseren Daseinsbedingungen für den Besitzlosen oder Besitzarmen abgewandert ist, und wenn sich auch in den letzten Jahren vor dem Krieg die Auswandererziffer gesenkt hat, ist doch die Einwohnerzahl zwischen 1845 und 1900 beinahe auf die Hälfte, von 8 1/2 auf 4 1/2 Millionen, gesunken. Wie jede agrarische Bevölkerung, hängt auch die irische Zahl an religiösen Überlieferungen fest und diese, nicht der Unterschied der keltischen oder sächsischen Abstammung, haben sie in die beiden scharf getrennten Lager der Katholiken und Protestanten, von Papst und „Orangeman“ geschieden. Nehmen wir noch den Gegensatz des beweglichen, unbefestigten, flatterhaft-sanguinischen Iren und des bedächtigen, wohl berechnenden Engländer, so haben wir die psychologischen Momente beisammen, welche das Herrenvolk ausgenutzt hat, um sich, gestützt auf die energische, materiell nach Kräften geförderte protestantische Minorität, in der Herrschaft zu behaupten. Der Hauptschlag nach dieser Richtung geschah 1691, als nach dem Siege Wilhelm III. von Oranien über den Stuartprophing Jakob II. das Parlament eine Million Morgen katholischen Landes konfiszierte und an die zahlreiche, von „Orangistengesellschaften“ vereinigte Protestanten verteilte. Eine zweite, neue Schicht von Farmern wurde mit gleicher Obacht vor 30 Jahren durch Aufteilung des Großgrundbesitzes geschaffen. Das andere Bollwerk Englands bildet die im Westen gelegene protestantisch-sächsische Landschaft Ulster, deren Vertreter jedesmal in die Bresche springen, sobald die nationalen Iren einen Erfolg zu erringen drohen. Irländische Landarbeiter gegen religiöse Bedrückung wehrte, stritt er zunächst gegen den protestantischen Grundbesitzer und gegen die reformierte Kirche, der er ungeheurerlicher Weise einen Steuerzehnten abführen mußte. Dieses Ringen der ausgebeuteten gegen die herrschende Nation ist von der Welt weniger gefeiert worden als die Freiheitskämpfe der Polen und Griechen, weil hier als Zwinger nicht Barbaren vom moskowitischen oder türkischen Schlag, sondern das „fortgeschrittenste Volk der Welt“ auftrat, aber die Gerechtigkeit muß feststellen, daß sich England seinem Sklaven gegenüber um nichts menschlicher benahm, als der Zar gegen die Polen. Im Gegenteil: es benützte seine ganze geistige Ueberlegenheit, um den Aufschwung der feindlichen Bevölkerung zu verhindern, die Vollindustrie Irlands hat es z. B. durch raffinierte Zollgesetze planvoll erschlagen. Wie der Druid, so war auch der Widerstand. Geheime Verbindungen und offene Empörungen lösten einander ab, wie es gerade die Umstände erforderten: die „weißen Burschen“, die „Eichenherzen“ und „Rechtsburschen“ wirkten während des 18. Jahrhunderts nach Art der Fehme. Die französische Revolution gab den Mut, den mächtigen „Bund der vereinigten Irländer“ zu gründen, der 1798 loslag, aber tüdlichem Verrat erlag. Im 19. Jahrhundert predigten nach einander der „Bund der Katholiken“, ein „junges Irland“, die in Amerika gegründete Gesellschaft der „Fenier“ und eine „Landliga“ bald die offene Empörung, bald geheime Wühlarbeit, bald Agrarreform. Den Agitationsstoff lieferten ihnen die verschiedenen Regierungsmahnahmen, durch welche England jetzt die Erbitterung zu mähtigen, dann wieder die Zügel straffer anzuziehen versuchte. In diesem Wechselspiel kam es zu den Irland freundlichen „Habeaskorpusakten“ (1782) und zur „Fimulunion“ (1801), die Irland einfach als Teil Großbritanniens erklärte und deren Aufhebung (Repeal) der tüchtige O'Connell mit allen Mitteln anstrebte, sodas eine „Zwangsbill“ seiner Agitation zu steuern suchte. 1848 und in den sechziger Jahren hatten revolutionäre Stürme grausame Gegenmaßnahmen im Gefolge, seit 1872 ballte sich alle Sehnsucht der Iren in dem Schlachtruf „Home Rule!“ zusammen. Selbstregierung durch ein eigenes Parlament in Dublin und durch ein diesem verantwortliches Ministerium, das war fortal Ziel und Forderung des zur Klarheit seines nationalen Bewußtseins erwachten Volkes. Die sozialen Scheidungen ordneten sich diesem Kampfziel vorläufig unter, wie wir ja auch im alten Oesterreich die polnischen und tschechischen Genossen zur nationalen Einheitsfront

abshwenken sahen, aber verschwunden waren sie darum nicht. Ihr Dasein brachte James Connolly allen deutlich zum Bewußtsein, als er um 1900 den Klassenkampf mit seinem ebenso kleinen wie tapferen Blättchen „The Workers Republic“ einleitete. Im Krieg gegen die alle politischen Rechte usurpierenden Farmer hatte er so Landproletarier wie entrechtete Intellektuelle hinter sich und der Augenblick zum Losschlagen schien ihm 1916 gekommen, als er Großbritanniens Kräfte durch den Weltkrieg völlig gebunden glaubte. Der Burgfriede, zu dem sich die bürgerlichen Parteien der (englandfreundlichen) Unionisten und der auf Homerule eingeschworenen Nationalisten nach bewährtem Muster verpflichtet hatten, machte es der britischen Regierung aber möglich, den Aufruhr Connollys in Blut zu erstickten. Als Erbe des unglücklichen Führers leben seine Landarbeitergewerkschaften fort. Sie und der revolutionäre Funke, den er entzündet hatte und der nach dem Weltkrieg zu gewaltigen Flammen auflodern sollte, seitdem die republikanischen „Sinnfeiner“ ihn in ihre Sut genommen hatten. Nicht mehr „Home Rule“ heißt jetzt die Lösung, sondern „Los von England“, und in diesem Zeichen siegten die Sinnfeiner bei den Wahlen. Schufen sie eine gewaltige Armee und einen Verwaltungsapparat, der das ganze Land bis in seine letzten Ausläufer ergreift. Die Flagge, die über dem Sinnfeinerheere weht, das Banner, das sich über dem Sarge des im Hungerstreik zugrunde gegangenen Bürgermeisters von Cork trauend senkte, sie tragen die nationalen Farben. Das mag der Grund sein, warum sich das England Lloyd Georges, durch den Krieg zu sehr hergenommen, um einen inneren Krieg führen zu können, zu Verhandlungen herbeiläßt und Irland das Recht der Dominions, der mit voller innerer Autonomie ausgestatteten großen Kolonien, anbietet. Auf bürgerlich-nationaler Basis ist heute eine kluge Bourgeoisie eben zu jedem Zugeständnis, zu jeder Vereinbarung bereit. Aber Lloyd George überseht, daß die Mühlen der Geschichte heute rascher mahlen als zwischen 1848 und 1914. Damals blieben Revolutionen am Ziel der bürgerlich-nationalen Ideologie stehen. Heute rollen sie weiter, über jenes erste Ziel hinaus. Wie die übrigen Länder Europas, trotzdem alle nationalen Schreihälse ihren Hunger gestillt und sich sogar mit fremden Nationen überfüttert haben, nicht zur Ruhe kommen, weil sich eine sozial anders gebaute Welt aus den Trümmern des Alten neu gebären will, so wird es auch mit Irland geschehen. Unsere ganze Teilnahme gilt seinem nationalen Freiheitskampfe, weil die Dialektik des Weltgeschehens ihn, Zeichen dafür sind da, in einen sozialen Freiheitskampf verwandeln wird!

Die englischen Arbeiter für eine Verständigung mit den Iren.

London, 7. September. Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsausschusses und der nationale Vollzugsausschuss der Arbeiterpartei haben gestern in Cardiff in einer gemeinsamen Sitzung ein Telegramm an Lloyd George über die irische Krise beschlossen, in dem erklärt wird, es mühten jetzt neue Schritte getan werden. Die britische Regierung mühte die Vertreter des irischen Volkes zu einer Konferenz einzuladen. In einer Entschlieung wird nachdrücklich erklärt, daß ein Krieg mit den Sinnfeinern niemals die Genehmigung des britischen Volkes erhalten würde.

Inland.

Die tschechischen Richter und der Fall Kofaci. Das offizielle Organ des Verbandes tschechoslowakischer Richter, „Soudobosté listy“ befaßt sich mit der am 30. Juni 1921 abgeführten Senatsdebatte, in welcher die Antwort des Justizministers Dr. Popelka auf die Interpellation des Genossen Dr. Heller in Angelegenheit des Rates vom Obersten Gericht Dr. Kofaci behandelt und zur Kenntnis genommen worden war. Gen. Dr. Deller hatte beantragt, die Antwort des Justizministers nicht zu genehmigen. Das genannte Blatt drückt seine Verwunderung darüber aus, daß nur deutsche Redner für den Antrag Heller auf Nichtgenehmigung der Antwort des Justizministers sprachen und sagt, daß der Appell der letzten Resolution der Generalversammlung des Richterverbandes an die gesetzgebenden Körperschaften, der sich um eine Aenderung auf dem Plage des Justizministers bemühte, als vollkommen leer ausgegangen sei und als Vorwand dazu gerade jene richterlichen Beschwerden dienen, deren Resultierende jene Resolution war. Genügt ein Grund zur Abweisung der Klage, sagt das Blatt, warum weiter verhandeln? Zum Schlusse sagt der Artikel: „Wertwüdig (bei der Senatsdebatte) war auch das Auftreten des Senators Dr. Prochazka, Vizepräsidenten des Ostmährer Kreisgerichtes, der diesem Vorgehen zustimmte und sich sogar bemühte, das Vorgehen des Ministeriums mit der Verteidigung der Freiheit der Richter zur Aenderung ihres

Berufes zu entschuldigen. Darum ist es allerdings nicht gegangen. Das Hauptmoment, welches vollkommen übersehen wurde, steckt nach unserem Urteil darin, daß im Falle Kofaci die Verfassungsurkunde verletzt wurde, welche im § 100 einem aktiven Richter (und ein solcher bleibt doch auch ein Richter auf Urlaub) jedwede anderweitige bezahlte Beschäftigung verbietet.“

Der Kampf gegen das deutsche Volk und die „Reichenberger Zeitung“. Die „Reichenberger Zeitung“ gibt unseren diensttägigen Leitartikel: „Sie bleiben die Alten“, in welchem zu dem Regierungseintritt der tschechischen Sozialdemokraten Stellung genommen wird, wieder und schließlich mit folgender Frage: „Werden die deutschen Sozialdemokraten auch jetzt noch in dem Kampfe, der gegen das deutsche Volk in der Republik geführt wird, abseits stehen?“ — Darauf wäre zu antworten: Vom ersten Tage dieser Republik hat die deutsche Sozialdemokratie den Kampf um das nationale Recht des deutschen Volkes gekämpft, sie ist keinen Augenblick abseits gestanden, als es galt, gegen den tschechischen Chauvinismus und gegen seine Ideologie des Nationalstaates anzukämpfen. Abseits ist die deutsche Sozialdemokratie aber von jenen deutschnationalistischen Schreibern gestanden, die das deutsche Volk durch ihr rabulistisches, provozierendes Gebahren ebenso kompromittieren wie die tschechischen das ihre. Die deutsche Sozialdemokratie wird auch weiterhin den Kampf um das nationale Recht des deutschen Volkes weiter führen — aber die deutsche Sozialdemokratie wird weiterhin nach wie vor von den Herren Dacran und Feiersfeld und wie sie alle heißen, mit keinen anderen Gefühlen gegenüberstehen wie den Chauvinisten aus dem anderen Lager.

Herr Svehla darf Minister werden. Der erweiterte Vollzugsausschuss der republikanischen Partei des tschechoslowakischen Reiches hat gestern eine Vollversammlung ab. Vorsitzender Svehla erstattete ein eingehendes Referat über die politische und wirtschaftliche Situation. Der Vollzugsausschuss hat nach Erörterung aller aktuellen, politischen und wirtschaftlichen Fragen seine volle Zustimmung dazu ausgedrückt, daß die Vertreter der Partei in die parlamentarische Regierung eintreten, und das Parteipräsidium beauftragt, auf Grund der vorgebrachten Anregungen in Verhandlungen mit den übrigen politischen Parteien einzutreten.

„Wem sollen die Arbeiteransammlungen für das hungernde Rußland abgeführt werden?“ Doktor Smeral hat unter diesem Titel vor einigen Tagen im „Rude Pravo“ einen Artikel veröffentlicht, der als ein Vorpiel zu der an anderer Stelle besprochenen Sprengung des gemeinsamen Hilfsausschusses für Rußland durch die Kommunisten anzusehen ist. Er meint darin, es würde bald nötig sein, die Frage zu lösen, wem die gesammelten Beträge und Naturalien übergeben werden sollen, um am besten ihren Zweck zu erfüllen. Man könnte nach diesen einleitenden Worten zu der Aufzählung kommen, daß es Dr. Smeral tatsächlich um die zweckdienlichste und gewissenhafteste Art der Verteilung der Sammlungen zu tun ist, umjomehr weilt der übrige Inhalt des Artikels Smerals, der gar nicht davon handelt, wie die gesammelten Beträge „am besten ihren Zweck erfüllen“ könnten, sondern der die Frage der Verteilung lediglich vom kommunistischen Parteistandpunkt und vom Standpunkt der Reputation der russischen Sowjetregierung behandelt. Nur zu deutlich wird offenbar, daß den Kommunisten in dieser Frage, die doch wahrlich über allen Zaun der Parteien hinausgehoben werden sollte, die Forderung der fürchtbaren Not von Millionen russischer Proletarier erst in zweiter Linie Sorgen macht. Smeral ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Sammlungen „direkt durch Vermittlung der offiziellen russischen Sowjetorgane seinem Zweck zuzuführen ist“, d. h. er wünscht, daß über die Frage der Verteilung der gesammelten Beträge lediglich die Kommunisten zu entscheiden haben. Was das in Rußland zu bedeuten hätte, das kann man nach der Behandlung, welche die Proletarier und Sozialisten anderer Parteienrichtungen erfahren, nach den Bedrückungen, denen sie ausgesetzt sind, sich schon recht deutlich veranschaulichen. Es ist daher verständlich, daß unsere Meinung darüber, wie die Sammlungen „am besten ihren Zweck erfüllen“, von jener der Kommunisten verschieden ist, denn es soll allen hungernden Proletariern Hilfe zuteil werden, ohne Ansehen der Gesinnung. Wenn Dr. Smeral meint, das Ergebnis der Sammlungen müsse den Sowjetorganen übergeben werden, weil dies eine wichtige Aktion wäre, die „in ihren Konsequenzen auf eine Anerkennung der russischen Sowjetregierung hinfiele“, würde, zur Anknüpfung normaler Beziehungen mit ihr“, wodurch es sich auch eine „Festigung und den Schutz der revolutionären Errungenschaften“ verspricht, so heißt das, eine Verbindung von Dingen herbeizuführen, die wahrlich miteinander nichts zu tun haben, ganz abgesehen davon, daß die Uebergabe des Geldes an die Sowjetorgane auf die Regierungen der europä-

ischen Staaten kaum jene Zaubergewalt ausüben wird, um sie zur Aenderung ihrer feindseligen Haltung gegenüber Sowjetrußland zu bestimmen. Aber wir wissen schon, warum es den Kommunisten geht, der Artikel Smerals gibt ja so deutlich den Ton dazu an: die Hilfsaktion, richtiger ihre frivole Schädigung durch die Zerstörung ihrer Einseitlichkeit, soll das Mittel zum Beginn einer neuen Seite gegen die Sozialdemokraten sein, denen sie wider besseres Wissen vorwerfen wollen, daß sie gegen die Anerkennung der russischen Sowjetregierung sind. Wir werden nicht erstaunt sein, wenn der Reichenberger „Vorwärts“ schon heute von diesem neuesten kommunistischen Schlag ausgiebig Gebrauch macht und die Sozialdemokraten beschuldigt, daß sie Gegner der Anerkennung der russischen Sowjetregierung sind, weil sie die Verteilung der gesammelten Gelder nicht von der Sowjetbürokratie vorgekommen sehen wollen. Aber selbst diese kühnste Verrenkung der Wahrheit wird ihnen nicht helfen.

Die proletarische Hilfsaktion für Rußland.

Die Kommunisten gegen den gemeinsamen Arbeitersauschuss.

Am Mittwoch, den 7. September tagte in Prag unter dem Vorsitz des Genossen Habermann die Sitzung des gemeinsamen Arbeitersauschusses zur Hilfeleistung für Rußland. Die Sitzung war auf Verlangen der kommunistischen Partei einberufen worden, um über die Frage zu entscheiden, wem die gesammelten Gelder und Naturalien für Rußland zu übergeben sind. Im Namen der kommunistischen Partei stellte Genosse Dr. Smeral den Antrag, es möge grundsätzlich beschlossen werden, daß das Ergebnis der Arbeiterhilfeaktion in der Tschechoslowakei für das russische Proletariat durch den Arbeitersauschuss direkt den Vertretern der russischen Sowjets und der Gewerkschaftsorganisationen zu übergeben sei, damit dieser Betrag der Sammlungen unter hungernde russische Arbeiter verteilen. Abgeordneter Smeral erklärte weiter, daß der Exekutiv-Ausschuss der kommunistischen Partei diesen Standpunkt als ein Prinzip ansehe und daß, falls dieser Grundsatz von der Mehrheit des Hilfsausschusses nicht angenommen werden sollte, die Teilnahme der kommunistischen Partei an der gemeinsamen Aktion gefährdet wäre. Genosse Bohal erklärte darauf im Namen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, dem deutschen Gewerkschaftsbund und des Verbandes der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften, daß der Antrag Smeral unannehmbar sei. Die Uebergabe der Gelder und Naturalien an die Sowjetbürokratie bedeute, sie einer politischen Partei zur Disposition zu stellen. In Rußland gibt es keine proletarische Demokratie und nicht alle Arbeiter sind in der kommunistischen Partei vereinigt. Es ist keine Sicherheit gegeben, daß durch die kommunistische Partei sämtliche leidenden Proletarier in Rußland ohne Unterschied ihrer Gesinnung und politischen Ueberzeugung ihren Anteil an den Spenden erhalten. Aus diesen Gründen müsse er sich gegen den Antrag Dr. Smerals aussprechen. Er sei auch dagegen, daß das Ergebnis der Sammlungen, der staatlichen Hilfsaktion übergeben werde. Es könnte eintreten, daß die staatliche Aktion zu gegenrevolutionären Zwecken mißbraucht werde. — Habermann (tschechischer Sozialdemokrat) erklärt, daß seine Partei sich bereitwillig der Aktion für Rußland anschloß. Die notwendige Voraussetzung sei aber für sie, daß es dabei kein Diktat einer einzelnen Partei geben darf, daß über alle Fragen eine Vereinbarung getroffen werde und daß im äußersten Falle die Entscheidung der Mehrheit zu gelten habe. Er verweist darauf, daß für den Transport die staatlichen Mittel verwendet werden können. Im übrigen sei seine Partei dafür, daß die Hilfsaktion vollständig selbständig sei und weitergeführt werde. Tazewle (tschechoslowakischer Gewerkschaftsverband) meint, daß die Frage, die jetzt von der kommunistischen Partei aufgeworfen wurde, schon früher hätte entschieden werden sollen. Nun, da der gemeinsame Ausschuss zur gemeinsamen Aktion geschaffen ist, kann nur die Mehrheit über die Verwendung und Verteilung der Sammlungen entscheiden. Das Vorgehen, welches die kommunistische Partei beobachte, indem sie erklärt, daß ihre Vertreter austreten, wenn ihr Antrag nicht angenommen wird, ist unbegründlich. Die Gewerkschaftsorganisationen haben diese Frage nicht als eine politische, sondern als eine wirtschaftlich dringende Hilfsaktion im Interesse des hungernden russischen Proletariates aufgefaßt und sie beteiligten sich nur in der Voraussetzung, daß sie eine gemeinsame und darum gedeihliche ist. Der Antrag der kommunistischen Partei ist lediglich taktisch politisch, während die Frage selbst eher ein technisch-administrative ist. — Dvorzak (sozialdemokratische Linke) verweist darauf, daß

durch das Vorgehen der Kommunisten die proletarische Hilfsaktion für Rußland schwer geschädigt werde und spricht den Wunsch aus, es möge die Arbeit des gemeinsamen Ausschusses fortgesetzt werden. Senator Stastny (tschechischer Sozialist) spricht sich gegen den Antrag der Kommunisten aus. — Fischer (tschechoslow. Genossenschaftler) bedauert, daß die Aktion eine Zersplitterung erfahre. Der Sache des russischen Proletariats wäre besser gedient, wenn keine prinzipiellen Parteifreiheiten herausbesprochen würden. Er appelliert an den Abgeordneten Schmeral, seinen Antrag zu widerrufen und spricht die Überzeugung aus, daß, wenn Schmeral wollte, es ihm auch gelingen würde, seinen Standpunkt in der kommunistischen Partei durchzusetzen. — Wessely (tschechische Großhandlungsgesellschaft) findet, daß der Antrag der Kommunisten in jedem Falle die Hilfe für das russische Proletariat bedroht und fordert die kommunistischen Vertreter auf, ihren Antrag zu widerrufen. In ähnlichem Sinne sprechen noch mehrere andere Redner, insbesondere Senator Stastny, welche auf Doktor Schmeral einzuwirken suchen, worauf dieser erklärte, daß der Bericht über die Verhandlungen sofort veröffentlicht werden müsse. Hierauf wurde die Abstimmung über den Antrag der Kommunisten geschritten, welcher gegen die drei Stimmen der Vertreter der kommunistischen Partei mit allen Stimmen abgelehnt wurde. Hierauf verließen die Vertreter der kommunistischen Partei die Sitzung des gemeinsamen Ausschusses.

In den weiteren Verhandlungen wurde beschlossen, an den internationalen Gewerkschaftsbund die Anfrage zu richten, in welchem Stände sich dessen Aktion befinde und in welchem Maße es möglich wäre, sie in Gemeinschaft mit unserer Aktion durchzuführen, um sie am erfolgreichsten zu gestalten. Eine ähnliche Anfrage wird an den internationalen Genossenschaftsbund gerichtet. Nach Eintreffen der Antworten wird darüber entschieden werden, in welcher Weise die Sammlungen nach Rußland zu senden und zu verteilen sind. Die nächste Sitzung findet am Freitag, den 9. ds. M., statt.

Die österreichischen Genossen und das Burgenland.

Wien, 7. September. In dem Beschlusse des Präsidiums der österr. Sozialdemokratie betreffs der Frage des Burgenlandes wird erklärt: Die organisierte Arbeiterschaft hat während der gegenwärtigen Krise eine doppelte Aufgabe. Sie hat alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den vom Horthy'schen Magyaren bedrohten Frieden zu erhalten und die Gefahr eines neuen Krieges zu verhüten. Wenn Magyaren aber trotzdem Oesterreich zum Kriege nötigen würde, würde es sich nicht bloß um das Burgenland, sondern um die Existenz der Republik, um einen Kampf gegen die Wiederherstellung der Monarchie und gegen die Horthy'sierung Oesterreichs handeln. Dann müßte die Arbeiterschaft mit allen Mitteln die bedrohte Republik und die bedrohte Freiheit des Proletariats verteidigen. Solange aber die Hoffnung besteht, daß der Konflikt in friedlicher Weise gelöst werden könne, müsse von jedweder Gewaltaktion der Arbeiterschaft abgesehen werden.

Die offiziellen ungarischen „Insurgenten“.

Budapest, 7. September. Das Ung. Korrespondenz-Büro meldet aus Steinamanger: Die bei Raab gefangen genommenen 15 österreichischen Gendarmen wurden heute nach Zonnenberg überführt, um sie gegen den Pfarrer von Hönigsdorf, Horbath, auszutauschen. Es erschienen auch ungefähr 20 Aufständische, die das Verlangen stellten, daß für die österreichischen Gendarmen die bei Belice gefangen genommenen Aufständischen ausgeliefert werden. Da die Oesterreicher dies verweigerten und auch die Intervention der Ententeoffiziere erfolglos blieb, gestatteten die Aufständischen den Austausch nicht, worauf die Gendarmen nach St. Gotthard gebracht wurden. (Anmerkung des Wiener Tel.-Korrespondenz-Büros: Der Inhalt dieser ungarischen Meldung beweist zur Genüge die tatsächlich bestehenden Verhältnisse zwischen der offiziellen ungarischen Politik und den angeblichen Insurgenten).

Eine neue Gewalttat.

Mattersdorf, 7. September. Heute 12 Uhr nachts haben etwa 70 mit Handgranaten und Gewehren bewaffnete Freischärler den Gendarmenposten Zagersdorf südlich von Eisenstadt angegriffen. Es entspann sich ein Gefecht, bei dem auf unserer Seite ein Toter, drei Schwere und drei Leichtverletzte zu beklagen sind. 26 Gendarmen wurden gefangen, mit verbundenen

Augen in die Richtung Ledenburg geführt, sodann ihrer Monturen, Waffen, Ausrüstungsgegenstände und ihres Geldes beraubt und dann wieder gegen Zagersdorf zurückgeführt.

Das innere Ringen in Deutschland.

Verbot einer Sedanfeier.

Berlin, 7. September. Die von der deutschen Volkspartei für gestern in Leipzig angelegte Sedanfeier, bei der Abg. Mittelmann sprechen sollte, wurde von der Polizei verboten.

Die Chauvinisten beschwerten sich noch.

Berlin, 6. September. (Wolf.) Heute abends fand auf Ansuchen der Deutschnationalen im Reichslanzler eine Aussprache über die politische Lage statt. Die deutschnationalen Abgeordneten besprachen lebhaft die Verordnung des Reichspräsidenten und verlangten ihre Anwendung gegen alle extremen Richtungen insbesondere verlangten sie Schutz gegen gewaltsame Sprengungen rechtsgerichteter Kundgebungen und Versammlungen. Der Reichslanzler verwies auf die außenpolitischen Schädigungen, die durch die chauvinistische Kundgebungen hervorgerufen werden. Er betonte die Notwendigkeit, aufs schärfste alle Versuche, die Weimarer Verfassung mit Gewalt beseitigen zu wollen, abzuwehren, wenn Deutschland nicht durch den Bürgerkrieg zu Grunde gehen solle. Die Verordnung werde gerecht gegen alle gewalttätigen Elemente angewendet werden. Es werde gewaltsame Störungen friedlicher Versammlungen entgegengetreten werden.

Wie das Wolff-Büro hört, finden im Laufe dieser Woche weitere Aussprachen mit den übrigen Parteien und Fraktionen statt.

Vorsichtsmahregeln gegen Wilhelm.

Berlin, 7. Sept. Einige Blätter berichten, daß die holländische Regierung der englischen Regierung amtlich mitgeteilt habe, daß die Ueberwachung des ehemaligen deutschen Kaisers verschärft worden sei. Neuter zufolge sind um Schloß Doorn Drahtverhaue errichtet worden und Wilhelm darf ohne Ermächtigung nicht mehr spazieren gehen. Ferner werden die Ein- und Ausgänge, die Telegramme und Brieffschaften des Kaisers kontrolliert und politische Sendungen ihm nicht mehr zugestellt.

Das verlogene Spiel der Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen versuchen jetzt zum Gegenangriff überzugehen. Ihre Parteiführer waren am Dienstag beim Reichslanzler und dort erklärte ihr Vorsitzender Hergt, daß seine Partei die bestehende Verfassung gegen gewaltsame Verletzungen mit allen gesetzlichen Mitteln zu schützen bereit sei. Sie verlangt nur, daß die von der Regierung gebildete allgemeine Hege gegen Rechts eingestellt werde. Die Deutschnationalen wiederholen also jetzt das verlogene Spiel aus der Zeit des Kapp-Putsch. Erst solidarisierten sie mit den Bolschewisten. Als aber das Unternehmen zusammenbrach, beteuerten sie sofort ihre Verfassungstreue. Diesmal aber werden sie mit solchem Spiel keinen Erfolg haben.

Neuamals: Die Griechen in Angora.

Paris, 7. September. Nach einer soeben eingegangenen Neuterdepesche sollen die Griechen Angora besetzt haben.

Reaktionäre Schauermärchen über bolschewistische Komplote.

Belgrad, 6. September. Kurz nach der Ermordung des früheren Ministers des Innern, Draskovic, kam die Polizei auf die Spur einer kommunistischen Verschwörung, deren Ziel die Ermordung des Ministerpräsidenten Pasic war. Auf Grund emsiger Nachforschungen gelang es jetzt, den für die Ausführung bestimmten Kommunisten in der Person eines gewissen Stevan Obradovic aus einem Dorfe bei Enkavar zu ermitteln. Der verhaftete Obradovic gestand, die Mission für die Ermordung des Ministerpräsidenten Pasic von dem in Graz als politischer Malcontent lebenden Gagliardi übernommen zu haben. Er sei bereits vor zwei Monaten nach Belgrad gekommen, um das Attentat auszuführen. Als er jedoch erfahren habe, daß Pasic nach Marienbad zu reisen gedenke, beschloß er, das Attentat in Marienbad zu verüben. Er traf diesbezüglich Vorbereitungen.

Dr. Benes Vizepräsident der Völkerverbundversammlung.

Genf, 6. September. (Sabas.) Bei der Wahl der Vizepräsidenten der Völkerverbundversammlung kam es zu einer engeren Wahl zwischen Dr. Benes und Torriente (Auba). Dr. Benes wurde mit 20 von 39 Stimmen gewählt. Das Ergebnis der Wahl wurde mit Beifall aufgenommen.

Metallarbeiterstreik in Magdeburg.

Magdeburg, 6. September. (Wolff.) In einer Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte der Metallarbeiter wur-

de beschlossen, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses nicht anzuerkennen und sofort in den Streik zu treten. Die Urabstimmung in den Betrieben ergab eine große Mehrheit für den Streik, der ungefähr 30.000 Arbeiter umfassen wird.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien.

Isch. P. V. Dentschen, 7. September. Der Belagerungszustand ist heute Mittag für ganz Oberschlesien aufgehoben worden.

Zusammenstoß mit Arbeitslosen in Dundee.

Isch. P. V. London, 7. September. Die Blätter melden aus Dundee Ausschreitungen von Arbeitslosen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und einer Menge von 5000 Personen, darunter zahlreiche Frauen, wobei von Seiten der Menge mit Steinen geworfen wurde. Die Polizei ging mit Knüppeln vor. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Das tschechoslowakische Pressbüro meldet aus Triest: Die abiserte „Wigbert“ trifft am 11. ds. Mts. in Triest ein. An Bord hat das Schiff über 500 Tschechoslowaken aus Südrussland.

Tages-Meinigkeiten.

Kommunisten einer Mordtat beschuldigt. Wir haben schon gestern über die Verhaftung des Sekretärs der kommunistischen Partei in Staab, Bruno Legler, kurz berichtet, die, wie unsere Meldung besagt, aus politischen Gründen erfolgte. Nun bringt die „Rova doba“, das Wlliner Organ der tschechischen Sozialdemokraten, in großer Aufmachung einen Bericht über eine angebliche kommunistische Mordtat, mit der die Verhaftung zusammenhängen soll. Die Geschichte, um die es sich handelt, soll kurz folgende sein: Am 16. Juli d. J. wurde um die Mittagsstunde auf der Landstraße bei Chodau der Werkbeamte Johann Flaucher von zwei unbekanntem Männern erschossen und ihm eine Ledertasche, enthaltend 24.000 Kronen, die für die Lohnauszahlung von Bergarbeitern bestimmt waren, geraubt. Von den Tätern war anfangs keine Spur zu finden. Am 3. September erschien nun auf dem Polizeikommissariat in Pilsen ein gewisser Josef Spicka, welcher derartige Aussagen machte, daß die Polizei sich veranlaßt sah, am Abend desselben Tages den kommunistischen Parteisekretär in Staab zu verhaften. Legler gab zu, daß der kommunistische Agitator Vinko Hermann Zvanov, geboren in Slavonien, vor ihm und Spicka äußerte, daß er in Gemeinschaft mit einem anderen Parteimitglied einen Beamten in Chodau umgebracht habe. Hermann wurde von Legler nach Krummau geschickt, wo ihm die dortige kommunistische Organisation Dokumente ausstellte und ihn sodann über die Grenze geschickt habe. Legler erklärte, daß er die Aussage des Hermann über deren Beteiligung am Mord als eine Finte angesehen und nicht gewußt habe, warum dieser über die Grenze gehen müsse. Nach langem Kreuzverhör gestand Legler weiters, wie die „Rova doba“ behauptet, vom Sekretär der kommunistischen Partei in Karlsbad, Hans Trzjubsky, der seit kurzer Zeit in Aufstift wohnt, 1000 Kronen bekommen zu haben, die er dem Hermann auf die Reise mitgab. Auf Grund der Erhebungen der Polizei schritt sie zu weiteren Verhaftungen. Sie verhaftete die Schwester Trzjubskys, eine gewisse Franzl in Fischern bei Karlsbad, bei welcher der genannte Hermann unter dem Namen Kovalie, dessen Verhaftung gleichfalls verfügt wurde. Hermann leugnete vorerst jeden Zusammenhang mit der Mordtat, soll aber später gestanden haben, daß ein gewisser Wülfel und er die Tat begangen haben. Die „Rova doba“ gibt die Aussage Hermanns folgendermaßen wieder: Am 16. Juli früh sprach Müller mit Trzjubsky, worauf er den Hermann aufforderte, mit ihm nach Chodau zu fahren. Trzjubsky gab Müller 50 Kronen, worauf dieser zwei Eisenbahnfahrkarten nach Chodau löste. Als sie dort ankamen, führte Müller den Hermann zur Grube Heria und dort erst erzählte Müller dem Hermann, was er unternehmen wolle. Sie lauerten mit Revolvern bewaffnet an der Landstraße, bis um 12 Uhr der Werkmeister Johann Flaucher vorbeikam. In dem Augenblick, da sie zur Tat schreiten wollten, will Hermann Herzkrämpfe bekommen haben, so daß Müller allein die Tat begangen haben soll. Er schoß Flaucher auf eine Entfernung von 2-3 Schritten nieder, raubte die Geldtasche, worauf beide die Flucht ergriffen. Die leere Geldtasche warfen sie ins Feld. Dann trennten sie sich und verabredeten, sich in Karlsbad zu treffen. Sie kamen, wie Hermann weiter erzählt, tatsächlich in Karlsbad bei einem gewissen Panke zusammen und fuhren zusammen mit Trzjubsky nach Joachimstal, wo Trzjubsky und Müller das Geld untereinander teilten. Hermann bekam 2000 Kronen, um die Möglichkeit zur Flucht zu erhalten. Sein Weg führte über Krummau, wo er in die Redaktion der kommunistischen „Südböhmischen Arbeiterzeitung“, zu deren Redakteur Bierer kam und wo er auch den Verwalter des Blattes Berthold Reidinger und den Bürgermeister von Krummau, Ernst Hirschl, traf, welche ihm einen falschen Heimatschein beschafften, mit dem es Hermann ge-

lang, über die Grenze nach Oesterreich zu kommen. Nach einiger Zeit lehrte Hermann wegen seiner Geliebten, der erwähnten Franzl nach Fischern zurück, wo er nunmehr verhaftet wurde. Nach Trzjubsky und Müller wird gefoltert. — Im Vorstehenden sind wir, wie schon erwähnt, der Darstellung der „Rova doba“ gefolgt. Es bleibt die offizielle Darstellung der Polizei abzuwarten.

Aufhebung der „Straffaktionen“ in den Banken.

Wie allgemein bekannt, wurden den Bankbeamten nach dem unglücklich verlaufenen Streik schwere Liquidationsbestimmungen auferlegt, von denen eine dahin lautete, daß bis zur Aufarbeitung der Streifereise die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wird. Wie wir nun erfahren, wird in den allernächsten Tagen in einigen Banken wieder die normale Arbeitszeit bei einfacher Frequenz platzgreifen und damit wenigstens nach außenhin der frühere Zustand hergestellt werden. Wir erwarten, daß von nun an auch alle sonstigen, durch das unglückliche Streikende in den Banken heute bestehenden Unzulänglichkeiten aufhören werden und es nicht mehr vorkommen wird, daß in einer Großbank den Buchhaltungsbeamten eine Minimalarbeitszeit von 11 Stunden täglich anbefohlen wird oder daß, wie es in der Provinz vorgekommen ist, ein Beamter deshalb verfolgt wird, weil er einen gefündigten Kollegen in Kost und Logis genommen hat.

Republikanische Freiheit in der Slowakei. Aus Preßburg wird gemeldet: Das Wochenblatt „Kosmos“ in Rosenau wurde vom slowakischen Ministerium auf unbestimmte Zeit eingestellt, da es Renegotentum und Magyarisierungspolitik in staatsfeindlicher Art lobend hervorhob und die Slowakei als „besetztes Gebiet“ nannte.

Die Einstellung der „Pravda“, über die wir in unserer Nummer vom 4. September berichteten, erfolgte aus technischen Gründen, wie die „Pravda“ selber in ihrer Nummer vom 31. August im Leitartikl „Die letzte Nummer der Pravda“ feststellt. Die kommunistische „Pravda“ war in russischer Sprache geschrieben.

Absturz eines Fliegers in Troppan. Montags nachmittags kreiste über Troppan ein Flugzeug in sehr geringer Höhe. Es kam von Baden bei Wien und überstürzte sich auf dem Czernierplatz, wobei der Eigentümer des Flugzeuges Clement aus Troppan, welcher als Begleiter mitgefahren war, schwer verwundet wurde. Der Pilot Cucman, ein Jugoslawe, blieb unverletzt.

Kleine Chronik.

Fliegertod. Le Bourget, 6. September. (Sabas.) Heute abends kurz ein Flugzeug der Linie Paris—Straßburg ab. Die vier Insassen wurden getötet. Auch der Führer ist im Hospital verblieben.

Eine Verhaftung. Berlin, 7. September. Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, wurde der Vorsitzende der Freien Arbeiter-Union, Hammer, von der Kriminalpolizei verhaftet.

Raubmord. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch wurde an einem Clansfent namens Rosler ein Raubmord unweit Prag verübt. Am Abend hatte er Bekannten erzählt, daß er noch zu einer Fahrt nach Kaudrutz bestellt sei und den Passagier gegen Mitternacht bei der Bürgerresourse abholen soll. Mittwoch vor 1 Uhr morgens wurde er mit durchschossenem Hinterhaupt in einem Straßengraben beim Euler Wald gefunden, wohin ihn die Mörder aus dem Automobil verschleppt hatten. Die Mörder hatten ihm eine Brusttasche mit Wappenstein, Führerschein und andere Dokumente nebst 3000 K und einer Nickeluhr mit rot eingeschriebenen Stunden von 13 bis 24 gestohlen. Dann fuhren sie mit dem Automobil fort. Auf dem Kreuzweg bei Unter-Prezan begegnete das Auto dem Arbeiter Rudolf Raf, den der am Solant sitzende Räuber nach dem kürzesten Weg nach Rönigsaal fragte. Bei Ravist stehen sie das beschädigte Automobil sehen. Es wurde bisher erhoben, daß Rosler drei Passagiere geführt hatte; der eine war etwa 30 Jahre alt, mittelgroß, hatte dunkle Haare und einen englischen Schnurrbart, der zweite, über 30 Jahre alt, war größer, dunkelhaarig, mit englischem Schnurrbart, der dritte 30 Jahre alt, groß.

Kunst und Wissen.

Wilhelm Raabe. Um Wilhelm Raabe, dessen Geburtstag heute zum neunzigsten Mal wiederkehrt, ist es in den letzten Jahren laut geworden und sein Lob erklingt mit tausend Stimmen. Damit hat sich an dem stillen Dichter kurz vor seinem Tode das Erdengeschied wieder einmal bewährt, daß dem Menschen bald der Becher fehle. Denn die längste Zeit seines Lebens mußte er, trotzdem sein Erstling, die „Chronik der Sperlinggasse“, von den Zeitgenossen froh begrüßt worden war, unbeachtet zur Seite stehen, während Halb- und Viertelpoeten wie Dahn und Ebers, wie Spielhagen und Richard Voß begeistert gepriesen wurden. Aber Hand aufs Herz, die Zeit konnte ihn wirklich nicht brauchen. Die beiratschte sich den Erfolgen des siegreichen Deutschland, zählte stolz die Schote der Fabrikstädte und das klingende Gold im Beutel, brüllte bei Truppenparaden „Hurrah!“ und verehrte — Wilhelm II. als ihren Propheten. Undessen soß Wilhelm Raabe in seiner selbst-

gewählten Einseitigkeit und kann und trümt die „Deutschland“. Die zarte Innigkeit des deutschen Heims stand vor seinem Sinn, so golden, daß jedes seiner Bücher einer Schatzkammer des sonnigsten Humors ist, und leider, ach, so gewiß im Vergangenen verfinstert, daß sich dem Humor fast auf jeder Seite die tiefste Trauer paart. Diese wesentliche Verschmelzung von Weinen und Lachen macht Raabes Stil so fesselt verschlungen, wie wir das nur noch bei seinem tieferen Meister, bei Jean Paul, finden, und zugleich füllt sie seine Dichtungen mit dem, was einst das Deutsche des Deutschen war, mit Seele. Seelengeschichte ist die berühmte Raabetrilogie „Der Hungerpastor“, „Abu Telfan“ und „Der Schüderump“, wo sich unser aller Schicksal vollzieht: daß wir hoffen, kämpfen, uns müde ringen und endlich froh sind, im engen Hafen zu landen. Und Seelengeschichte bieten ebenso die vielen, kleinen Erzählungen, die mit besonderer Vorliebe die verdohtenen, nährreichen Räuze, die gütigen Trieffender des Glückes zeichnen. Ein Heerband der Seltsamen, Verkommenen, Abseitigen, so pilgern Raabes „Quaquaz“, „Mebeule“ und wie sie schon heißen mögen, durch das Leben, aber was nur ein ganz großer Dichter zustande bringt: sie graben sich unvergänglich in unsere Phantasie ein, indes mancher treue Abfläch der Wirklichkeit, die Raabes erfolgreichere Konkreten fingerfertig produzierten, längst der verdienten Vergessenheit anheim fiel. — d.

Neues Deutsches Theater: „Jaz und Simmermann“, komische Oper von G. A. Lorching. Wohl scheint heute das Buch Lorching, zu dem er seine im Ernst so innige, im Scherz so launige Musik geschrieben, schon etwas veraltet. Aber wenn man die historische Episode aus der Wende des 17. Jahrhunderts, das Geschichtchen vom Joren und Zimmermann Beier, so wie es der deutsche Lieddichter vor mehr als achtzig Jahren zum Hintergrund seiner Oper gewählt hat, ganz ohne fleischfärbende Kritik, nur schlicht wie ein Märchen auf sich einwirken läßt, dann wird man immer wieder einen ganz erlesenen künstlerischen Genuß haben. Eine „Jaz und Zimmermann“-Aufführung guten Durchschnitts — nicht mehr und nicht weniger hat das Neue Deutsche Theater am Dienstag zustande gebracht — bedeutet stets ein paar Stunden reinster, heiterer Freude. Herr Sterned, der den Bürgermeister das Zeit mit seinem profunden Bock vorzüglich sang, war stellenweise von bezwingender Komik. Einen ausgezeichneten lyrischen Tenor hat das Theater an Herrn Mitgias gewonnen, der mit glöcklicher, angenehm-weicher Stimme den Marquis von Chateaucouf sang. Im Sextett (II. Akt)

war seine Stimme von geradezu bestückendem Reiz. Die übrigen Leistungen waren mittelmäßig, auch der Jaz des Herrn Roz Klein, dem kaum mehr als die bekannte Arie im dritten Akt wirklich gut gelang. Namentlich seine Textbehandlung läßt in Prosa und Gesang sehr viel zu wünschen übrig. Er sollte verständlicher singen, es mit Lorching halten: Diddum ist kein Gesang. Kapellmeister Paul Bello, der die Oper im allgemeinen gut dirigiert, hat sich in der Ouvertüre ein paar arge Tempoverwehlungen zuschulden kommen lassen. — d.

Neues Theater. Heute nachmittags Lehrs Operette „Die blaue Majur“, 2½ Uhr. Abends die erfolgreiche Operette „Der Tanz ins Glück“. — Sonntag nachmittags 2½ Uhr „Der Tanz ins Glück“. — Dienstag Uraufführung des Operettenschwanks „Die Scheidungsreise“, Donnerstag, den 15. neuinszeniert Gerhart Hauptmanns „Weber“.

Gastspiel Mine Sonden. Morgen Freitag singt Frau Sonden die Meisierpartie der „Salome“, am Samstag die Georgette im ersten Einakter von Puccinis „Julus“, „Der Mantel“, Schwester Angelica, Siani Schieci“. Sonntag abends verabschiedet sich Frau Sonden in „Cavalleria rusticana“, „Bajazzo“. Als Gast: Richard Kubla.

Aufführer Stadttheater. Eröffnungsvorstellung Samstag, 10. September: „Zigeunerliebe“. Sonntag abends: „Carmen“. Montag: „Danneles Himmelfahrt“. Dienstag: „Zigeunerliebe“. Mittwoch: „Danneles Himmelfahrt“. Donnerstag: „Zigeunerliebe“. Freitag: „Zwei glückliche Tage“. Samstag: „Die Rose von Stambul“. Sonntag nachmittags: „Zigeunerliebe“, abends: „Die Rose von Stambul“.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Zuckerwucher. In 3 Wochen soll endlich auch die Zuckerkommission verschwinden, eine jener Institutionen, welche so segensreich mitteil, die Preise für die wichtigsten Lebensmittel so hoch als möglich zu halten. Dies natürlich hauptsächlich deshalb, weil in diesen Zentralen und Kommissionen, hunderte von Beamten und Angestellten zusammengewürfelt waren, welche von den verschiedenen Züschlägen und Fonden, die durch die Konsumentenschaft getragen und aufrechterhalten werden mußten, zehrten und deren Wagen selbstverständlich nicht zu Lasten der anspruchshaltenden Dividende der einzelnen Raffinerien gehen durften. Wir wollen uns nicht allzusehr darüber freuen, daß diese Institution das Zeitalter segnen soll, denn schon steht wie ein Gespenst ihr Nachfolger vor der Tür, der natür-

lich gleichfalls nur dazu berufen erscheint, die alte Wirtschaft in der Zuckerzuteilung wie bisher, jedoch nur unter der Firma eines Zentralverkaufsbüros der Zuckerindustrie, weiterzuführen. Noch vor einigen Tagen konnte man in der bürgerlichen Presse lesen, daß der Detailzuckerpreis um, sage und schreibe eine Krone in der neuen Kampagne ermäßigt werden wird. Dies wurde sogar mit großen fetten Lettern gedruckt, damit man es ja nicht übersehen sollte, daß jeder schon beim Frühkaffee darüber freut, daß er ab 1. Oktober seinen Kaffee billiger trinken können. Wie wir nun heute aus vollkommen zuverlässiger Quelle in Erfahrung bringen, ist mit der Verbilligung um 1 Krone per 1 Kilogramm absolut nicht zu rechnen und wenn der in Rede stehende Artikel um 50 Heller billiger verkauft werden wird, so wird die Konsumentenschaft schon zufriedener sein müssen, wenn man in Berücksichtigung zieht, daß der Rübenpreis anstatt wie angenommen mit 20 Kronen mit 26 Kronen per 1 Zentner festgesetzt wurde. Ueberdies hat sich die Regierung angeblich auch noch verpflichtet, anstatt des Beitrages von weiteren 4 Kronen für den Düngersfond, den Herren Agrariern aus dem Mehrerlös des Zuckereports noch eine besondere Vergütung zu gewähren. Nicht man in Erwägung, daß die letzten Berichte aus Kuba dahin lauten, daß daselbst abnorm große Zuckervorräte lagernd sind, welche man auf ungefähr 56.000.000 Zentner beziffert, so muß man umso mehr darüber staunen, daß man sich entschlossen hat, den Agrariern 26 Kronen für 1 Zentner Rübe zu zahlen, da doch unter Hinweis auf den großen Weltmarkt unsere heimische Industrie kaum in der Lage sein wird, mit den kubanischen Zuckerzeugern zu konkurrieren, welche natürlich ihre großen Vorräte äußerst billig abzustufen trachten werden. Durch die Errichtung des eingangs erwähnten Büros, welches das Bindeglied zwischen dem Fabrikanten und dem Großhändler darstellen soll, glauben nun die Raffineure eine feste Organisation geschaffen zu haben, welche auch künstlich gestatten soll, wie bisher die Preise zu diktieren. Der erste Erfolg, den die Zuckerbarone erzielt haben ist, daß der Zucker nicht, wie vor kurzem laut verkündet wurde, um eine Krone sondern nur um fünfzig Heller billiger wird.

Abnahme des amerikanischen Außenhandels. New-York, 6. September. (Wolff.) Der Exportanweis der Vereinigten Staaten für das abgelaufene Rechnungsjahr zeigt insgesamt ein Nachlassen von 1592 Millionen Dollar. Europa ist hieran mit 1455 Millionen Dollar beteiligt, die sich wie folgt verteilen:

Großbritannien 825 Millionen, Frankreich 285 Millionen, Belgien 135 Millionen und Italien 85 Millionen, und der Rest auf andere Staaten. Die Abnahme von 100 Millionen Dollar im Nahverkehr mit Kanada wird durch eine Zunahme von 124 Millionen Dollar im Verkehr mit Mexiko und 8 Millionen Dollar, im Verkehr mit Kuba weit gemacht. Der Handel mit Südamerika zeigt ein Zunahmesaldo von 30 Millionen Dollar. Die Einfuhr von Europa zeigt einen Anstieg von 20 Prozent. Großbritannien ist an der Gesamteinfuhr von 244 Millionen mit 198 Millionen Dollars beteiligt. Die Einfuhr von Südamerika nahm um 44 Prozent ab.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländische Gulden 2638½, 100 Mark 88½, 100 schweiz. Fr. 1411, 100 schwed. Kr. 1778½, 100 Lire 359, 100 franz. Fr. 633½, 1 Pfund St. 308½, 1 Dollar 82½, 100 belg. Fr. 825½, 100 Dinar 168½, 100 öst. Kr. 617½, 100 poln. Mark 191½, 100 ung. Kr. 19.60 tsch. Kr.

Auf der Prager Messe sollen gestern die Umsätze eine Milliarde Kronen überschritten haben.

Turnen und Sport.

D. F. C. Prag spielt heute gegen Deutsche Sportbrüder (Meisterschaft). D. F. R. Teplitz gegen Slavia.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Böhmen-Ramnik Sonntag, den 18. September in Ramnik.

Bezirkskonferenz Landkron Sonntag, den 18. September in Landkron. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Parteitag und Wahl der Delegierten zum Parteitag.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Alliengeellschaft Tribuna, Prag.

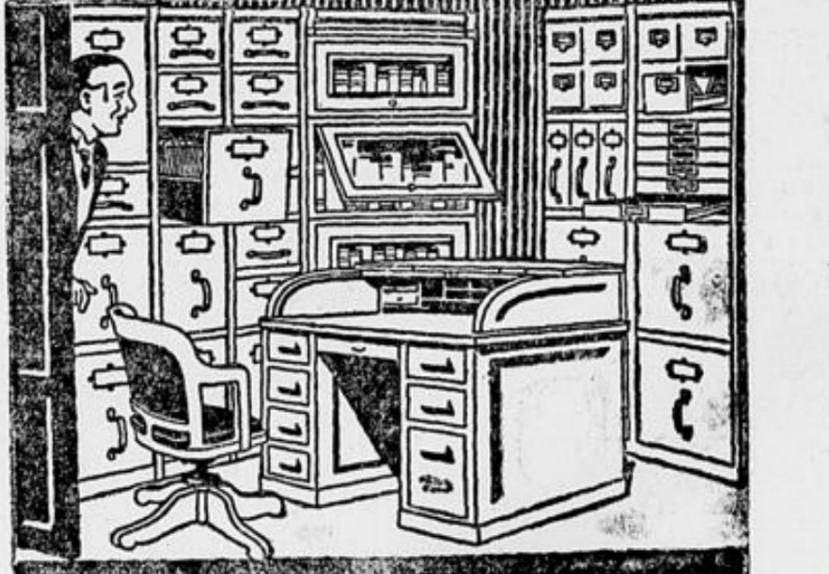
Eingesendet.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Prag II., Hybernská 7.
Genossen unterstützen das genossensch. Unternehmen! Vorzügliches Mittagstisch, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

Engelmann & Co.
PRAG I.
Celetná 30
vis-a-vis Café „Roter Adler“
Herrn-Anzüge von Kč 490.— Knabenanzüge von Kč 320.—
Herrn-Überzieher „ 400.— Knaben-Raglan „ 350.—
Herrn-Schliefer „ 450.— Knaben-Schliefer „ 340.—
Hrn.-Kimonoraglan „ 450.— Kinder-Kostüme „ 160.—
Herrn-Gummimäntel „ 360.— Matrosen-Kostüme „ 220.—
Impr. Watterprohmäntel „ 800.— Manchest.-Kostüme „ 260.—
Herrn-Hosen „ 130.— Kinder-Höschen „ 45.—
Palcoats, Stadt- und Wirtschaftspelze, Stadtsaccos, Mikado, Brecheshosen.
Sämtliche Waren aus reinen Wollstoffen, solid und modern angefertigt.
Eigene Werkstätte. Spezielle Massabteilung.
Organisierte erhalten Rabatt. 20

Piering-Sent und Essig
Ist der Beste!
zu haben in allen Konsum-Vereinen. 47
Speziallacke, Farben
sowie Staufferfett, Nuttett, Vaseline schwarz und gelb, Raupenleim nach amer. System etc. und andere chem. techn. Produkte liefert zu äussersten Preisen in Ia. Qualität
Hiersche & Co.
Fabrik chemisch-technischer Produkte
NESTOMITZ a. E.
Tel. 727 (40) Tel. 727

Wie ein Märchen ist die Arbeit bei unserer Büroeinrichtung.
„Jerry“, Gesellsch. für Büro-Einrichtung, Prag II-1646
Telephon 3312. Vladislovova ul. Nr. 13. Telephon 3312



Prager Bäckereimaschinen- u. Backofenfabrik, Prag-Straschnitz
liefert billigst:
Misch- und Knetmaschinen, Teig-, Teil- und Siebmaschinen, Auszugdampf-Backöfen, Einschlepp-Dampf-Backöfen, Rostbacköfen mit rauchloser Feuerung. Komplette Einrichtungen von Bäckereien.
Erstklassige Ausführung! Messestand Prager Messe Nr 4142.
Offerte und Abbildungen auf Verlangen kostenlos. 13

Lokal-Organisation Prag VII.
(Bubentsch-Dejwitz).
Einladung zur
Vollversammlung
am Freitag den 9. Sept. 1920 im Restaurant „u Akademie“ bei der Malerakademie
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die demnächst stattfindende Bezirksversammlung und verschiedene Parteiangelegenheiten;
2. Die Lage in Deutschland;
3. Anträge und Anfragen.
Vollzähliges Erscheinen notwendig!
Der Vertrauensmann.

Zeitungsausschnitte
Artikel und Inserate über alle Geschäfts- und Wissensgebiete.
Tägliche Kontrolle von über 1000 Zeitungen.
The International Spectator
Prag II., Panská 9.
Zuverlässig, rasch, diskret, billig.
Uebersetzungen in alle Sprachen. 32

BURSTEN,
Anstreich- u. Rasierpinsel in erstkl. Ausführung nach Nürnberg. Art lief. direkt an Konsumvereine und Gewerkschaften
S. ADLER, 6
Bürsten-, Pinsel- u. Holzwarenfabrik Ges. m. b. H. Markt Eisenstein, Böbmerwald.

Brüder Tauber
Weingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag Wysočan.

Kautschuk-Stampiglien
erzeugt schnell, gut und billig
Franz Chmel, Prag II., Nekazanka 18.

Genossen! Gedenkt des Fonds zur Erhaltung des Zentralorgans!